



Antrag

der Fraktion der SPD

Alle Wege zum Abitur offenhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, mit dem der Erhalt der Bildungswege zum Abitur in der Fläche auch außerhalb der Gymnasien gefördert und einer strukturellen Benachteiligung der Gemeinschaftsschulen entgegengewirkt werden soll, an deren Ende eine Rückentwicklung der Gemeinschaftsschule zur ehemaligen Regionalschule stehen würde. In diesen Maßnahmenkatalog sind die Beruflichen Schulen einzubeziehen.

Begründung:

Der Landtag bekennt sich zu dem Ziel, dass alle Jugendlichen den bestmöglichen Schulabschluss erreichen können, der ihrer Begabung, ihren Fähigkeiten und ihrer Neigung entspricht (Schulgesetz § 4 Abs. 7).

Es ist in den letzten Jahren gelungen, den Rückstand Schleswig-Holsteins gegenüber der bundesweiten Abiturientenquote erheblich zu verringern, indem zum Abitur führende Bildungswege außerhalb des Gymnasiums in der Fläche ausgeweitet wurden.

Die Rückkehr der Gymnasien zum Abitur nach 13-jähriger Schulzeit hat in den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes zu einem uneinheitlichen Anmeldeverfahren für die weiterführenden Schulen geführt. So ist in allen kreisfreien Städten die Übergangsquote an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe leicht bis deutlich abgesunken. Zugleich ist die Nachfrage nach dieser Schulart nach wie vor so hoch, dass noch immer zwischen 9 und 44 % der angemeldeten Schüler

abgewiesen werden mussten. Demgegenüber sind die Abweisungsquoten an den Gymnasien und den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe fast durchweg sehr gering oder nicht vorhanden.

Kai Vogel
und Fraktion